



jugendsozialarbeit aktuell

Nummer 16 / Juni 2002

Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser,

für die Zusammenschlüsse der Träger der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit auf Landesebene ist es schon fast ein Ritual: Alle Jahre wieder argumentieren wir in Richtung Politik gegen Haushaltskürzungen an: Und immer waren wir in der Vergangenheit erfolgreich: Der Landesjugendplan NRW wurde zwar einer Reform unterzogen, in seiner Substanz - allen Sparzwängen zum Trotz - jedoch nicht angetastet.

Noch im vergangenen Jahr entließ uns Edgar Moron, Fraktionsvorsitzender der SPD, trotz eingesetzter Sparkommission, aus einem gemeinsamen Gespräch im Landtag mit den Worten: „Gehen Sie nicht ohne Zuversicht nach Hause“. Das Versprechen wurde eingelöst und so sind die Landesjugendplanzuwendungen mit wenigen Ausnahmen und trotz verhängter Haushaltssperre für das Haushaltsjahr 2002 gesichert.

Die Haushaltslage für das Jahr 2003 jedoch ist verheerend. Das Land steht vor dem größten Haushaltsdefizit seit seinem Bestehen und es ist unübersehbar, dass auch der Landesjugendplan massiv tangiert sein wird. Auch im Juni 2002 sind wir im Landtag wieder mit Herrn Moron zusammen getroffen, diesmal mit einem weniger optimistischen Ergebnis. Doch lesen Sie selber.

Thomas Pütz M.A.
Direktor

LAG KJS NRW

Der Beitrag der Jugendsozialarbeit zu einer „nachhaltigen“ Finanzpolitik

Thomas Pütz M.A.

Die Party, die wir feiern

„Was seit Jahren passiert, ist eine Lastenverschiebung auf den Rücken unserer Kinder und Enkel. Wir schieben Ihnen Zinsen und Tilgung für eine Party zu, die wir feiern“, so Finanzminister Peer Steinbrück in der Süddeutschen Zeitung vom 27. April 2002.

Der Zwang, die Verfassungsgrenze für die Kreditaufnahme nicht zu verletzen und die Notwendigkeit, die Neuverschuldung kontinuierlich zu senken, bilden neben den Auswirkungen der Steuerreform das Szenario, vor dem sich in Kabinett, Fraktionen und Parlament die Debatte um den Landeshaushalt 2003 entzündet.

1,4 Milliarden Euro möchte der Finanzminister einsparen: Alleine die Steuerreform wird den Bürgern und Bürgerinnen und den Unternehmen in Nordrhein-Westfalen 2003 eine Entlastung in Höhe von insgesamt 8,5 Milliarden Euro bringen, von denen das Land 3,4 Milliarden zu tragen hat. Eine Investition in die Zukunft, zumindest unter der Prämisse, dass diese Mindereinnahmen mittelfristig die Konjunktur beleben und so wiederum zu höheren Steuereinnahmen führen.

Aber wie spart man 1,4 Milliarden Euro ein? Peer Steinbrück hat zunächst den Gesamthaushalt von 48 Milliarden Euro in einen Kernhaushalt und einen dispo-

niblen Haushalt aufgeteilt. Der Kernhaushalt enthält vor allem Positionen wie Landespersonal, Kommunalen Finanzausgleich, Zinsen, Sachausgaben der Verwaltung und die Mitfinanzierung von EU-Programmen. Abgesehen von 170 Millionen Euro, von denen derzeit noch strittig ist, ob sie in den Kernhaushalt oder in den disponiblen Haushalt gehören, verbleiben als disponible Masse gerade einmal 460 Millionen Euro, also weniger als ein Prozent des Gesamthaushaltes. Von diesen will das Land 290 Millionen Euro (63 %) für investive Ausgaben und 170 Millionen Euro (37 %) für konsumtive Ausgaben verwenden.

Mittelfristige Finanzplanung 2003

Ministerien:	Mio EUR	Proz.
Schule, Wissenschaft und Forschung	16.582	34 %
Inneres	3.849	8 %
Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr	3.477	7 %
Justiz	2.890	6 %
Finanzen	2.558	5 %
Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit	1.951	4 %
Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport	1.698	3 %
Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie	1.090	2 %
Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	985	2 %
Sonstiges:		
Allgemeine Finanzverwaltung	13.816	29 %
Ministerpräsident und Staatskanzlei	148	0 %
Landtag	97	0 %
Landesrechnungshof	37	0 %
Summe	49.176	100 %

Peer Steinbrück möchte die noch vorhandenen finanziellen Mittel vor allem in die **Bildung**, in die Gewährleistung von **Mobilität**, in die **innere Sicherheit** sowie in die **Arbeitsmarktpolitik** investieren. Auch wenn diese Prioritäten selbstverständlich noch in Kabinett und Parlament zu diskutieren sein werden, so besitzen Sie natürlich vor dem Hintergrund von PISA, der Bedeutung des Wirtschaftsstandortes NRW, den Ereignissen des 11. September 2001 und der aktuellen Arbeitsmarktsituation eine hohe Plausibilität.

Aus der Sicht der Jugendsozialarbeit sind diese Schwerpunkte durchaus zu begrüßen, sofern Sie von den Mittelzuweisungen her nicht eindimensional auf die korrespondierenden Ressorts Schulministerium, Verkehrsministerium, Innenministerium und Arbeitsministerium konzentriert werden, sondern berücksichtigt wird, dass auch das Jugendministerium durch den Landesjugendplan einen veritablen Beitrag zu den genannten Politikfeldern leistet.

Das Ende der Party

Betrachtet man das Volumen des Landesjugendplans, so fällt auf, dass dieser mit derzeit ca. 100 Millionen Euro, davon über 18 Millionen Euro in der Position VIII – Jugendsozialarbeit, bereits fast 60 % der insgesamt für konsumtive Ausgaben verfügbaren Mittel beanspruchen würde. Aber es gibt ja auch noch Sport, Kultur, Frauenförderung, Altenpflege, Verbraucherschutz u.s.w. Tiefe Einschnitte in den Landesjugendplan scheinen also unvermeidlich.

Zwar habe die Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, so SPD-Fraktionsvorsitzender Edgar Moron, eine starke und durchsetzungsfähige Lobby in der SPD-Fraktion, doch werde der Landesjugendplan dennoch nicht ungeschoren davon kommen können. Kürzungen sollten aber zeitlich so gestaffelt werden, dass die Träger die Möglichkeit haben, in Bezug auf Personal und Sachausgaben zu reagieren.

Eine solche Bewertung der Jugendpolitik und damit der Zukunft der Kinder und Jugendlichen in NRW schmerzt, zumal die Landesregierung nach wie vor fest entschlossen ist, den Steinkohlebergbau - und damit die Vergangenheit - mit über 500 Millionen Euro, dem fünffachen Volumen des heutigen Landesjugendplans, zu subventionieren (DER SPIEGEL 23/2002).

Die Jugendsozialarbeit leistet einen substantiellen und messbaren Beitrag zur Erreichung der gesetzten politischen Ziele

Sind wir angesichts dieser fiskalischen Situation ohnmächtige Zeugen einer rein struktu-

rell geführten Debatte oder gibt es noch einen wie auch immer geringen Spielraum für fachliche Argumente? Ich meine, es gibt diesen Spielraum und es ist der Finanzminister selbst, der ihn eröffnet. Zu den mit Priorität versehenen Politikfeldern im einzelnen:

Bildung:

Spätestens seit PISA ist klar, dass das deutsche Schulsystem die Lasten der Erziehung und der Bildung von Kindern und Jugendlichen nicht alleine tragen kann. Es wird sie auch in Zukunft - trotz aller bevorstehenden Reformen - nicht alleine tragen können. Denn insbesondere da, wo junge Menschen aufgrund individueller Beeinträchtigungen oder sozialer Benachteiligungen an den Regelsystemen scheitern oder zu scheitern drohen, benötigen Sie spezifische Unterstützung von außen.

Die Träger der Jugendsozialarbeit leisten diese Unterstützung - wesentlich finanziert durch den Landesjugendplan - durch eine stark wachsende Anzahl von **Maßnahmen der Schulbezogenen Jugendsozialarbeit** sowie durch die vor allem aufsuchende Arbeit der **62 Jugendberatungsstellen**, die jährlich etwa 40.000 Jugendliche bei ihrem Weg durch die Bildungsinstitutionen begleiten.

Mobilität:

In der besonderen Wirtschaftsgeografie von Nordrhein-Westfalen ist Mobilität ein wichtiger Wettbewerbsfaktor. Die Qualität des Transfers und der Verknüpfung von Menschen, Produkten und Know-how ist ent-

scheidend für die Wirtschaftskraft des Landes.

Die Träger der Jugendsozialarbeit tragen - gestützt durch den Landesjugendplan - zum Erfolg der nordrhein-westfälischen Wirtschaft bei, indem sie in 79 sozialpädagogisch betreuten **Jugendwohnheimen** über 13.000 Jugendlichen pro Jahr eine schulische oder berufliche Ausbildung ermöglichen, die in ihrem Heimatort in NRW, in anderen Bundesländern oder anderen Staaten nicht verfügbar ist. Die Jugendsozialarbeit trägt so gezielt zur Mobilität junger Menschen und damit zur Verbesserung ihrer beruflichen Chancen bei.



Finanzminister Peer Steinbrück will 1,4 Milliarden Euro einsparen

Innere Sicherheit:

Der Schutz vor Kriminalität, die Möglichkeit, sich frei in öffentlichen Räumen zu bewegen, ist ein soziales Grundbedürfnis und gleichzeitig die Grundbedingung für funktionierende wirtschaftliche und soziale Beziehungen. Gerade die eingeschränkten Lebens- und Entwicklungschancen benachteiligter junger Menschen, insbesondere junger Migranten, würden - gäbe es keine kompensatorischen Hilfen - zu einer potentiellen Gefährdung der inneren Sicherheit eines so hoch integrativen Landes wie Nordrhein-Westfalen beitragen.

Die Träger der Jugendsozialarbeit haben sich daher insbesondere der **Migrationsarbeit** verpflichtet und auch der Landesjugendplan widmet dem Handlungsfeld Migration einen deutlichen Schwerpunkt. Ca. 20.000 Migrantinnen und Migranten profitieren jährlich von den durch den Landesjugendplan geförderten Einrichtungen. Dies entspricht einer Quote von 33% bis 45% der Jugendli-

Fahrplan der Haushaltsberatungen

- Im Juni 2002 berät das Kabinett abschließend über den Haushaltsentwurf.
- Im September 2002 findet die erste Lesung des Haushaltes im Parlament statt.
- Im Oktober 2002 berät die SPD-Fraktion den Haushalt.
- Nach den Fraktionsberatungen werden die Zusammenschlüsse der Träger der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit auf Landesebene ein weiteres Gespräch mit Edgar Moron (terminiert) sowie mit Ministerin Birgit Fischer (anvisiert) führen.
- Im November bzw. Dezember 2002 werden die zweite und dritte Lesung des Haushaltes im Parlament stattfinden.
- Im Januar 2003 wird der Haushalt in Kraft treten. Ob angesichts der finanziellen Situation die endgültigen Richtlinien des Landesjugendplanes in der geplanten Form am 01.01.2003 in Kraft treten werden, darf als fraglich gelten.

chen je nach Einrichtungstyp.

Arbeitsmarktpolitik:

Nicht passive Maßnahmen, wie staatliche Transferleistungen, sondern Wiedereingliederung, Beratung, Qualifizierung und Vermittlung sind das Gebot der Stunde. Wie das Debakel um die Vermittlungszahlen der Bundesanstalt für Arbeit gezeigt hat, reicht eine Verwaltung von „Fällen“ für eine Integration in den Arbeitsmarkt nicht aus. Benötigt werden vielmehr ziel- und passgenaue Qualifizierungs- und Vermittlungsprozesse.

Die Träger der Jugendsozialarbeit widmen sich in den durch den Landesjugendplan geförderten **Jugendwerkstätten** einer Klientel, die zu einem großen Teil überhaupt erst oder wieder lernen muss, sich in den Anforderungen eines Arbeitsmarktes zurecht zu finden. Hierbei stehen nicht nur berufliche, sondern vor allem auch personale Kompetenzen im Mittelpunkt. Für weit über 2.400 Jugendliche pro Jahr schaffen die durch den Landesjugendplan geförderten Jugendwerkstätten die Voraussetzung für eine Existenz jenseits von dauerhafter staatlicher Alimentierung.

Fazit

- Jugendsozialarbeit arbeitet und wirkt präventiv, verhindert also hohe Folgekosten in den sozialen Sicherungssystemen und ist somit Element einer von der Landesregierung geforderten "nachhaltigen" Finanzpolitik.
- Jugendsozialarbeit wird, insgesamt gesehen, nur zu einem geringen Teil aus Landesmitteln finanziert. Doch dieser Anteil besitzt eine hohe strategische Bedeutung, weil er die Voraussetzung für die Einwerbung von Mitteln der Kommunen, Kirchen, des Bundes und der Europäischen Union in beachtlicher Höhe ist. Auch dies ist Teil einer nachhaltigen Finanzpolitik.
- Jugendsozialarbeit erschließt der Wirtschaft in NRW ein Reservoir zukünftig dringend benötigter Nachwuchskräfte und trägt somit zum Erfolg des Wirt-

schaftsstandortes NRW bei. Ressourcen in die Qualifizierung junger Menschen zu investieren, bedeutet, Potential im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik zu erschließen.

- Jugendsozialarbeit beweist ihre Wirksamkeit durch die Teilnahme am Wirkungsdialog und am Controlling und Berichtswesen des Jugendministeriums sowie durch den Einsatz EDV-gestützter Qualitätssicherungs- und Benchmarking-Verfahren. Die Nachhaltigkeit der Wirkung der Landesförderung wird hier eindeutig dokumentiert.

Appell

Wer den Landesjugendplan und damit die Träger der Jugendsozialarbeit durch Mittelkürzungen ausbremst, kann es mit den oben genannten Zielen Bildung, Mobilität, Innere Sicherheit und Arbeitsmarktpolitik nicht vollständig ernst meinen.

Ich appelliere daher an die Vernunft der Landesregierung: Sichern Sie den Landesjugendplan!

Erhalten Sie Fördermittel, die einen substantiellen und messbaren Beitrag für die Zukunft von Nordrhein-Westfalen erbringen!

IMPRESSUM:

jugendsozialarbeit aktuell
c/o LAG KJS NRW
Postfach 290 250
50524 Köln
Email: aktuell@jugendsozialarbeit.de
www.jugendsozialarbeit.de

V.i.S.d.P: Thomas Pütz M.A.

REDAKTION: Franziska Schulz

DRUCK/VERSAND: SDK Systemdruck Köln GmbH & Co. KG

HERAUSGEBER: Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit Nordrhein-Westfalen e.V. (LAG KJS NRW)